

Kleine Anfrage mit Antwort

Wortlaut der Kleinen Anfrage

der Abgeordneten Helge Limburg und Ralf Briese (GRÜNE), eingegangen am 11.06.2009

Aktivitäten der „Autonomen Nationalisten“ im nordwestlichen Niedersachsen

In der Beantwortung der Kleinen Anfrage zur schriftlichen Beantwortung „Bewaffnete Rechtsextreme in Niedersachsen - Maßnahmen der Landesregierung?“ vom 03.06.2009 teilt die Landesregierung mit: „Die den Freien Nationalisten zuzuordnenden Aktionsgruppen der Autonomen Nationalisten sind grundsätzlich als gewaltbereit einzustufen. Der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde liegen Erkenntnisse über die Existenz der Aktionsgruppen Ammerland, Delmenhorst, [...], Oldenburg, Ostfriesland, [...] und Wilhelmshaven vor.“

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Wie viele Personen sind nach Einschätzung der Landesregierung in den Aktionsgruppen der „Autonomen Nationalisten“ Ammerland, Delmenhorst, Oldenburg, Ostfriesland und Wilhelmshaven aktiv? Bitte im Einzelnen auflisten!
2. Welche Aktivitäten wurden von den in Frage 1 angeführten Gruppen in den Jahren 2008 und 2009 durchgeführt? Bitte ebenfalls im Einzelnen auflisten!
3. Welche Erkenntnisse oder Verdachtsmomente über Straftaten aus den Reihen der genannten Gruppen in den Jahren 2008 und 2009 liegen der Landesregierung vor?
4. Welche Erkenntnisse bestehen über Verknüpfungen der angeführten „Autonomen Nationalisten“ mit der NPD?
5. Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um den Aktivitäten der „Autonomen Nationalisten“ entgegenzuwirken?

(An die Staatskanzlei übersandt am 17.06.2009 - II/721 - 365)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres, Sport und Integration
- 63.116-049-A-480010-24/09 -

Hannover, den 23.07.2009

Autonome Nationalisten (AN) bilden seit einigen Jahren eine bekannte Aktions- und Agitationsform innerhalb der neonazistischen Szene. Im Unterschied zu den innerhalb der neonazistischen Szene weiterhin überwiegend vorhandenen Kameradschaften resultiert die Zugehörigkeit zu den Aktionsgruppen der Autonomen Nationalisten eher aus der situationsbezogenen Beteiligung an Aktionen als aus formeller Mitgliedschaft.

Kennzeichnend für die einen Nationalen Sozialismus propagierenden Angehörigen der Autonomen Nationalisten sind u. a. ein modernes, an andere Jugendsubkulturen angelehntes Erscheinungsbild, die teilweise Verwendung ursprünglich linksextremistischer Parolen und Symbolik, die Beteiligung an der Bildung eines rechtsextremistischen Schwarzen Blockes bei Demonstrationen sowie die Anwendung von Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung der politischen Ziele.

Weil sich an den geschilderten Aktionsformen, insbesondere der Beteiligung an einem rechtsextremistischen Schwarzen Block, häufig auch Personen aus dem Bereich der Kameradschaftsszene oder den Jungen Nationaldemokraten (JN) beteiligen, ist eine eindeutige und ausschließliche Zuordnung zu einer Aktionsgruppe bzw. den AN nicht ohne weiteres möglich. Gleiches gilt für die Zuordnung von durch einzelne Angehörige der rechtsextremistischen Szene begangene Straftaten.

Dieses vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1 und 2:

Den im nordwestlichen Niedersachsen im Bereich der „Autonomen Nationalisten“ bekannt gewordenen Aktionsgruppen Autonome Nationalisten Ammerland, Aktionsgruppe Delmenhorst, Autonome Nationalisten Oldenburg, Autonome Nationalisten Ostfriesland und Aktionsgruppe Wiking Wilhelmshaven werden insgesamt ca. 25 Personen zugerechnet. Hinzu kommt ein auf eine vergleichbare Größenordnung zu beziffernder Sympathisantenkreis, der sich nur gelegentlich und unregelmäßig an Aktivitäten der genannten Personenzusammenschlüsse beteiligt.

Zu den Aktivitäten zählte u. a. die Teilnahme an Demonstrationen im gesamten Bundesgebiet (01.05.2008 Hamburg, 05.07.2008 Oldenburg, 02.08.2008 Bad Nenndorf, 06.09.2008 Dortmund, 06.12.2008 Berlin, 27.12.2008 Salzwedel, 14.02.2009 Dresden, 04.04.2009 Stolberg, 11.04.2009 Lüneburg) sowie vereinzelt auch im benachbarten Ausland (Niederlande). Darüber hinaus waren Angehörige der genannten Aktionsgruppen in die Organisation von Schulungsveranstaltungen eingebunden und an Störaktionen im Zusammenhang mit Veranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus beteiligt. Aus Anlass verschiedener Jahrestage, wie der Bombardierung von Esens, dem als Heldengedenktag bezeichneten Volkstrauertag oder dem als Tag der Ehre bezeichneten 8. Mai wurden am 27.09.2008, 16.11.2008 und 08.05.2009 Gedenkaktionen in Form von Kranzniederlegungen, Fackelmärschen oder Flugblattverteilungen durchgeführt. Zudem fanden sich Angehörige einzelner Gruppierungen unter den Teilnehmern rechtsextremistischer Musikveranstaltungen (Balladenabende, Konzerte) oder waren an verschiedenen szeneeinternen Veranstaltungen, wie beispielsweise Fußballturnieren oder Ausflügen, beteiligt.

Zu 3:

Zu Personen, die den AN zugerechnet werden, liegen folgende Erkenntnisse bzw. Verdachtsmomente zu Straftaten vor:

Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, Landfriedensbruch, Versuchte Gefangenenbefreiung, Volksverhetzung, Körperverletzungsdelikte, Nötigungen/Bedrohungen, Sachbeschädigungen, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

Zu 4:

Den niedersächsischen Sicherheitsbehörden liegen keine Erkenntnisse über strukturelle Verbindungen der genannten Gruppierungen zur NPD vor.

Eine Sonderstellung nimmt die Aktionsgruppe Delmenhorst ein, deren Aktivitäten regelmäßig in Zusammenarbeit mit dem dortigen Stützpunkt der Jungen Nationaldemokraten erfolgen.

Zudem bestehen teilweise persönliche Kontakte zwischen Aktivisten der AN und solchen der NPD, die sich u. a. in gemeinsamen Aktivitäten mit eher freizeitleichem Charakter im örtlichen Umfeld niederschlagen.

Zu 5:

Im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages klärt der Niedersächsische Verfassungsschutz seit Jahren die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen auf und erfüllt somit auch präventive Aufgaben bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Die einzelnen Maßnahmen sind eingebettet in ein umfassendes Gesamtkonzept, das die Maßnahmen aufeinander abstimmt und mit den vielfältigen in Niedersachsen im Bereich der Prävention tätigen Institutionen vernetzt.

Alle bisherigen und zukünftigen Aktivitäten des Verfassungsschutzes im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Prävention und Beratung werden mit der vor kurzem in der Verfassungsschutzabteilung eingerichteten „Niedersächsischen Extremismuspräventions- und Informationsstelle“ (NEIS) noch stärker gebündelt.

Ein wesentlicher Bestandteil des durch das NEIS koordinierten Gesamtkonzeptes des Niedersächsischen Verfassungsschutzes sind u. a. die vom Niedersächsischen Verfassungsschutz konzipierte und seit 2005 kontinuierlich gebuchte Wanderausstellung „Verfassungsschutz gegen Rechtsextremismus - Unsere Demokratie schützen“. Die Ausstellung gibt einen Überblick über die aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und richtet sich vorrangig an Schüler und Jugendliche. In Führungen durch geschulte Mitarbeiter der Verfassungsschutzabteilung, die auch von außerschulischen Gruppen gebucht werden können, bekommen die Besucher u. a. einen Einblick in die rechtsextremistische Jugendszene mit ihrer Symbolik, der emotionalen Wirkung rechtsextremistischer Musik und den medialen Angeboten der rechten Szene.

In den bisherigen 36 Ausstellungsorten konnten bislang über 22 000 Besucher durch die Ausstellung geführt werden. Bis Ende 2009 sind feste Termine mit fünf weiteren Ausstellungsstandorten vereinbart. Anfragen für das Jahr 2010, darunter auch eine aus Nordrhein-Westfalen liegen vor.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit intensiviert der Niedersächsische Verfassungsschutz bereits seit Anfang 2004 insbesondere an niedersächsischen Schulen und Bildungseinrichtungen Vortrags- und Informationsveranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus. Die fortlaufenden Vortragsveranstaltungen über aktuelle Entwicklungen und Erscheinungsformen der rechtsextremistischen Szene dienen der Sensibilisierung von Multiplikatoren, Eltern und Schülern. Im Mittelpunkt solcher Vortragsveranstaltungen steht - neben der wichtigen Auseinandersetzung mit der volksverhetzenden, fremdenfeindlichen, rassistischen und zu Gewalttaten aufrufenden Skinhead-Musik - seit einiger Zeit auch die Information und Aufklärung über die neuen Aktionsformen der Neonaziszene wie z. B. die „Autonomen Nationalisten“.

Die teilweise in Kooperation mit den örtlichen Polizeidienststellen durchgeführten Veranstaltungen finden seit Jahren positive Resonanz. Seit Beginn dieser Maßnahme ist eine kontinuierlich steigende Nachfrage an zielgruppenorientierten Vorträgen in Schulen zu verzeichnen. Im vergangenen Jahr 2008 fanden insgesamt über 100 Vortragsveranstaltungen statt, davon 50 zum Themenbereich Rechtsextremismus.

Zudem läuft seit Juni 2005 in enger Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Kultusministerium, dem Niedersächsischen Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS) und der Landesschulbehörde eine gemeinsame Fortbildungsreihe für Lehrkräfte mit Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen in verschiedenen Regionen des Landes. Die zentralen Lehrerfortbildungen werden möglichst mit den Präsentationsorten der Wanderausstellung verknüpft, um den Wirkungsgrad der Wanderausstellung zu erweitern. Die Lehrkräfte erhalten so bereits im Vorfeld einen umfangreichen Einblick in die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und haben damit die Möglichkeit, den Besuch der Ausstellung mit den jeweiligen Schülern fundiert vorzubereiten.

Im Mittelpunkt der Lehrerfortbildung steht auch hier die Information über die Gefahren des Rechtsextremismus und die aktuelle Entwicklung, die von Referenten des Niedersächsischen Verfassungsschutzes vorgetragen werden. Gleichzeitig sollen die Veranstaltungen dazu beitragen, dass in den Schulen geeignete Aktivitäten und Projekte gegen den Rechtsextremismus initiiert und nachhaltig verankert werden.

Mit weiteren Multiplikatorenschulungen greift der Niedersächsische Verfassungsschutz eine wichtige Zielgruppe auf; denn eine nachhaltige Wertevermittlung und Aufklärung setzt die stetige Information über den Rechtsextremismus bei Multiplikatoren, wie Lehrern, Jugendgruppenleitern und Mitarbeitern von politischen Bildungseinrichtungen voraus.

Die vom Niedersächsischen Verfassungsschutz herausgegebene Broschüre „Rechtsextremistische Skinheads, neonazistische Kameradschaften und Rechtsextremistische Musik“ wird in komplett überarbeiteter Version bereits in zweiter Auflage angeboten. Die Broschüre dient bislang vielen Lehrern als Unterrichtsmaterial und wird ausstellungs- und vortragsbegleitend verteilt. Eine Aktualisierung, die insbesondere auch den Bereich der „Autonomen Nationalisten“ hervorhebt, ist derzeit in Planung.

Zu den weiteren Aufgaben von NEIS zählen u. a. das Verfassen von Broschüren und Informationsschriften, die Durchführung von Tagungen und Kongressen, die Förderung lokaler Projekte, wobei auch gesellschaftliche Gruppen, Vereine und Verbände eingebunden werden sollen. Auch der Bereich der kommunalen Beratung, die mit dem Konzept der „Förderung politischer Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus in den Kommunen“ bereits seit 2007 erfolgreich umgesetzt wird, soll intensiviert werden.

Mit einer verstärkten Bekämpfung des Rechtsextremismus durch eine gemeinsame Kampagne von Politik, Organisationen, Verbänden und Vereinen unter dem Motto „Niedersachsen ist stark - gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ soll über das NEIS ein Einfluss durch Rechtsextremisten entgegenwirkt und gesellschaftliches Engagement und Aufklärungsarbeit gefördert werden.

Mit den geschilderten Aktivitäten leistet der Niedersächsische Verfassungsschutz einen wichtigen Beitrag bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Parallel geht die niedersächsische Polizei konsequent und mit niedriger Einschreitschwelle gegen rechtsextremistische Bestrebungen, zu denen auch die der AN gehören, vor. Die Maßnahmen, Ziele und Leitlinien der „Rahmenkonzeption zur Intensivierung der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und sonstiger Politisch motivierter Kriminalität -rechts-“ entfalten auch gegenüber „Autonomen Nationalisten“ ihre Wirkung.

In Vertretung

Wolfgang Meyerding